Items ausgewählt, die uns wichtig erscheinen. Leider ist es auch nicht möglich, alle Items vorzustellen. Wir bedauern ebenfalls, dass die genutzte Karte nicht abgedruckt werden konnte (aufgrund der Bildrechte). Bezugnehmend auf die Kritik an der Rückmeldequote möchten wir folgendes angeben und unser Vorgehen erläutern:

Eine Rückmeldequote von 18,6 % ist wenig zufriedenstellend. Aus diesem Grund wurde das Signifikanzniveau auf 0,10 anstatt auf 0,05 gesetzt. Da wir uns in dem Artikel auf die wichtigsten Aspekte beschränken wollten, haben wir nicht erwähnt, dass sich das 90%-Konfidenzintervall zur Anzahl richtiger Antworten zwischen 13,22 und 14,35 richtigen Antworten (Standardabweichung 3,440) und zur Anzahl falscher Antworten zwischen 5,60 und 6,32 (Standardabweichung 2,216) falschen Antworten liegt. Vor dem Hintergrund dieser Intervalle, bei denen das Konfidenzintervall zur Anzahl richtiger Antworten bei weniger als zwei Drittel richtigen Antworten und das Konfidenzintervall bei weniger als einem Drittel falschen Antworten liegt, kann die Aussage getroffen werden, dass die Kartenkompetenz der Geographie-studierenden der Universität Osnabrück zwar nicht ebenso hoch ist, wie die aus der Studie von Fichtner et al. (2007a, b), aber (wie im Kapitel „Diskussion und Fazit“ genauer ausgeführt) als zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Diese Aussage gilt natürlich nur auf dem Signifikanzniveau von 0,10, da die Stichprobe eine genauere Aussage leider nicht ermöglicht. In der Diskussion wurden die eigenen Daten mit den Daten der Vergleichsstudie verglichen. Ob Geschlechterunterschiede abgebaut werden konnten, ist eine mögliche Interpretation, die so in der Diskussion angesprochen wird. Weitere Arbeiten müssten dies untersuchen (wie wir es ausgeführt haben).

Prof. Dr. M. Kuckuck (Osnabrück)

Aus Hochschulen und Institutionen

■ Zwischen Geodaten-Nutzung und Datenschutz: Der Europäische Gerichtshof zeigt einen gangbaren Weg

Im Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 19. Oktober 2016 (Az.: C-582/14) ging es zwar nicht um Geodaten, sondern um die Frage, ob eine dynamische Internetprotokoll-Adresse ein personenbezogenes Datum sein kann, falls mit ihrer Hilfe eine natürliche Person indirekt identifiziert werden kann. In den Urteilsgründen stellt der EuGH fest, dass der Anbieter von Online-Mediendiensten in diesem Fall offenbar über Mittel verfügt, die vernünftigerweise eingesetzt werden könnten, um mithilfe Dritter, und zwar der zuständigen Behörde und dem Internetzugangsanbieter, die betreffende Person anhand der gespeicherten dynamischen Internetprotokoll-Adressen bestimmen zu lassen.

Aus diesem Sachverhalt zieht er folgenden Schluss: Eine dynamische Internetprotokoll-Adresse, die von einem Anbieter von Online-Mediendiensten beim Zugriff einer Person auf eine Website, die dieser Anbieter allgemein zugänglich macht, gespeichert wird, stellt für den Anbieter ein personenbezogenes Datum dar, wenn er über rechtliche Mittel verfügt, die es ihm erlauben, die betreffende Person anhand der Zusatzinformationen, über die der Internetzugangsanbieter verfügt, bestimmen zu lassen.

Diese Feststellung des EuGH lässt sich dahingehend verallgemeinern, dass eine Information für deren Besitzer dann zu einem personenbezogenen Datum wird, wenn dieser über rechtliche Mittel verfügt, die es ihm erlauben, die betreffende Person anhand der Zusatzinformationen, über

die ein Dritter verfügt, bestimmen zu lassen.

Geodaten helfen bei der Orientierung im Raum. Nach der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE) sind Geodaten alle Daten mit direktem oder indirektem Bezug zu einem bestimmten Standort oder geografischen Gebiet. In der Richtlinie werden bestimmte Geodaten-Themen besonders erwähnt (Anhang I, II und III).

Die amtlichen Datenschutzbeauftragten in der Bundesrepublik Deutschland stufen davon folgende Themen als datenschutzrechtlich kritisch ein: Adressen (Anhang I 5), Flurstücke (Anhang I 6) und georeferenzierte Orthofotos (Anhang II 3). Irgendwie zu Recht, denn diese Angaben können zumindest theoretisch fast immer irgendeiner natürlichen Person zugeordnet werden, z. B. einem Eigentümer, einem Bewohner oder einer Person, die sich dort gerade bewegt.

Aber folgt daraus automatisch die Anwendbarkeit des Datenschutzrechts auf diese Fälle? Das würde bei rigider Auslegung des Datenschutzrechts beispielsweise für einen kartografischen Verlag bei der Erstellung eines Stadtplans zur Konsequenz haben, dass der Verlag entweder auf die Angabe von Hausnummern zu Lasten der Tauglichkeit seines Stadtplans verzichten oder mit viel Aufwand die erforderlichen Zustimmungserklärungen von Eigentümern und Bewohnern einholen müsste. Rechtlich ungeklärt bliebe, was der Verlag zu tun hätte, wenn er bei einem Gebäude nur von einem Teil der Betroffenen eine Zustimmungserklärung erhielte.

Das Urteil des EuGH hilft jedoch unserem Verlag. Dieser könnte zwar die Eigentümer beim Grundbuchamt und die Bewohner beim Einwohnermeldeamt erfragen, müsste dafür aber jeweils einen Antrag stellen und ein berechtigtes Interesse an der Kenntnis dieser Personen geltend machen. Vernünftigerweise hat der Verlag aber an der Kenntnis dieser Personen nicht das geringste Interesse, sondern möchte mit der Angabe von Hausnummern seinen Kunden nur die Orientierung in einer Stadt erleichtern. Und ohne berechtigtes Interesse an der Kenntnis dieser Personen verfügt er auch über keine rechtlichen Mittel, eine dieser Personen identifizieren zu lassen. Er kann also beruhigt Hausnummern in seinem Stadtplan darstellen.

Im Ergebnis lässt sich allgemein sagen: Wer kommerziell oder nicht kommerziell Geodaten verwendet und nicht die Absicht hat, mit ihrer Hilfe die Identität natürlicher Personen zu erfahren, hat kein berechtigtes Interesse an der Kenntnis dieser Informationen und verfügt damit über keine rechtlichen Mittel im Sinne des o. g. Urteils.

Für diese Geodaten-Ersteller und Geodaten-Nutzer sind Geodaten keine personenbezogenen Daten, sondern anonyme Informationen.

Der Erwägungsgrund 26 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) stellt klar, dass die Grundsätze des Datenschutzrechts nicht für anonyme Informationen gelten sollen. Die Datenschutz-Grundverordnung ist am 24. Mai 2016 in Kraft getreten und gilt ab dem 25. Mai 2018.

Dietrich Diez
Stuttgart